

Energieverbände fordern klare Regeln für Gasreserve

[21.10.2026] Die Energieverbände VKU und BDEW unterstützen die geplante Einführung einer nationalen Gasreserve ab 2027. Während der VKU eine Finanzierung aus dem Bundeshaushalt fordert, drängt der BDEW auf eine kosteneffiziente Beschaffung und eine schnelle Umsetzung.

Die geplante nationale Gasreserve stößt bei den Energieverbänden auf Zustimmung. Sowohl der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) als auch der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#) begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung. In ihren Stellungnahmen zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie 2026 stellen die Verbände jedoch unterschiedliche Anforderungen an die Ausgestaltung der Reserve.

Die Gasreserve soll ab 2027 zusätzliche Gasmengen für außergewöhnliche Krisensituationen bereithalten. Damit soll die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler bei Versorgungsengpässen zusätzliche Handlungsmöglichkeiten erhalten. Nach Angaben des BDEW ist der Einsatz der Reserve an die Ausrufung der Notfallstufe gebunden. Die reguläre Wintervorsorge und die Erfüllung vertraglicher Lieferpflichten bleiben dagegen Aufgabe der Marktakteure.

VKU fordert Finanzierung aus Bundesmitteln

Der VKU spricht sich dafür aus, die Gasreserve ausschließlich bei physischen Versorgungsengpässen einzusetzen. Nach Auffassung des Verbands könnte die Bundesnetzagentur im Notfall zusätzliche Gasmengen freigeben, um die Versorgung zu stabilisieren, bis weitere Importe verfügbar sind.

Einen Einsatz zur Dämpfung hoher Gaspreise lehnt der Verband ab. Steigende Preise seien ein notwendiges Signal für Knappheiten am Markt, erklärt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Langfristig könne der Ausbau heimischer erneuerbarer Energien und die Nutzung von Abwärme dazu beitragen, die Abhängigkeit von Gas zu verringern.

Zugleich fordert der VKU, die Kosten der Reserve vollständig aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Eine Finanzierung über Umlagen oder andere Belastungen des Gasmarkts würde nach Einschätzung des Verbands Verbraucher und Gasversorger zusätzlich belasten. Eine nationale Abgabe auf den Gaspreis könnte zudem die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland beeinträchtigen.

BDEW drängt auf schnelle Umsetzung

Auch der BDEW unterstützt die Einführung einer nationalen Gasreserve. Der Verband fordert einen zügigen Gesetzgebungsprozess, damit der Aufbau der Reserve bereits 2027 beginnen kann.

Bei der Ausgestaltung legt der BDEW besonderen Wert auf eine risikobasierte Bemessung der erforderlichen Gasmengen. Die Beschaffung soll wettbewerblich und kosteneffizient erfolgen. Zudem fordert der Verband, die Fachkenntnisse der Energiewirtschaft frühzeitig in die weitere Planung einzubeziehen.

Reserve soll Marktmechanismen ergänzen

Beide Verbände unterstützen damit eine zusätzliche staatliche Absicherung für außergewöhnliche Versorgungskrisen. Zugleich soll die Reserve die bestehenden Aufgaben der Marktakteure nicht ersetzen. Während der VKU insbesondere die Trennung zwischen staatlicher Krisenvorsorge und Gasmarkt sowie die Finanzierung betont, stellt der BDEW die Beschaffung und praktische Umsetzung in den Vordergrund.

Die Länder- und Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf endete am 19. Oktober 2026. Der Aufbau der nationalen Gasreserve soll nach den bisherigen Plänen im kommenden Jahr beginnen.

(th)

Stichwörter: Erdgas, BDEW, Nationale Gasreserve, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)